

Politik des Narzissmus

Intellektuelle Die Demokraten wüssten nicht, wie ein modernes Amerika aussehen könnte, schreibt der Historiker Mark Lilla. Deswegen fänden sie kein Rezept gegen Trump.

Am Tag fünf nach Veröffentlichung des bösen Buchs über das dysfunktionale Weiße Haus steigt Mark Lilla in einen Zug Richtung Washington. Er soll dort bei einer Podiumsdiskussion der Hoover Institution, eines Thinktanks, mal wieder erklären, warum die Katastrophe Trump auch die Katastrophe der Demokraten ist.

Die Demokraten haben es ja nicht nur nicht geschafft, eine Partei, die mit einem Clown als Kandidaten angetreten ist, zu stoppen. Ihnen ist es nach einem Jahr Trump ebenso wenig gelungen, eine wirkungsvolle Opposition gegen den Präsidenten zu organisieren. Man hofft irgendwie auf Robert Mueller, den Russland-Sonderermittler; man hofft auf Gloria Allred, die Frauenanwältin, die den Präsidenten wegen sexueller Belästigung vor Gericht bringen will; man hofft auf die Ultrarechten der Alt-Right-Bewegung, dass sie den Trumpismus vielleicht doch noch zum Implodieren bringen. Nur ist das alles kein politisches Programm.

Nun schien sich vergangene Woche aus dem Nichts wieder die Chance zu ergeben, einen Zufallstreffer zu landen. Allerdings erinnerten die Demokraten dabei an eine Fußballmannschaft, denen der Ball durch einen Querschläger vor das Tor des Gegners rollt, bevor dann alle verstolpern. „Fire and Fury“, der Enthüllungsbestseller des „Vanity Fair“-Journalisten Michael Wolff beschrieb die Zustände in Trumps Weißem Haus als derartig chaotisch, dass diesmal der Präsident wirklich erledigt schien.

Mark Lilla winkt ab. Er hat das Buch gar nicht erst gelesen. „Meinetwegen soll es für sich arbeiten. Die Demokraten aber sollten sich darauf konzentrieren, Wahlen zu gewinnen.“

Mark Lilla ist Professor für Ideengeschichte in New York an der Columbia University, und seit er kurz nach der Trump-Wahl in der „New York Times“ in einem beißenden Gastkommentar die Mitschuld der amerikanischen „Liberals“, zu denen er sich selbst zählt, an dem Wahldesaster analysiert hat und damit der Zeitung den meistgelesenen politischen Gastbeitrag des Jahres lieferte, ist Lilla so etwas wie der Prophet der amerikanischen Linken. Einer von ihnen, aber doch nicht Teil des Politikbetriebs, sondern in der wissenschaftlichen Beobachterposition, was eigene Probleme mit sich bringt. Dazu später.

Aus seinem Zeitungskommentar, den er an zwei Nachmittagen heruntergeschrieben hatte, machte er dann ein schmales, polemisches Buch, das im August erschien und ihm relativ viel Ärger einbrachte. Es heißt „The Once and Future Liberal. After Identity Politics“, wobei die amerikanische Bezeichnung „Liberal“ hier etwas anderes meint als den deutschen FDP-Liberalen. „Liberal“ im Amerikanischen ist ein häufig von rechts gebrauchter, oft abschätziger Begriff für Linkliberale, etwa vergleichbar mit der altbundesrepublikanischen Bezeichnung „Sozi“.

Wir, die einst stolzen und fortschrittlichen Liberals, so klagt Lilla in dem Buch, sind zu Verlierern geworden, weil wir keine für eine Mehrheit greifliche Vorstel-

Vielen Wählern ist nicht zu vermitteln, warum Transsexuelle auf die Toilette ihrer Wahl gehen sollten.

lung mehr davon haben, wie das Land, in dem wir gemeinsam leben, eigentlich aussehen soll. Politik bedeutet für uns nicht mehr den Versuch, eine Gemeinschaft zu schaffen, die möglichst viele einschließt. Stattdessen fallen wir auf unsere eigenen Befindlichkeiten zurück, vollziehen den Rückzug in gesellschaftliche Nischen.

Wir blicken nicht nach außen, wir blicken nur auf uns selbst.

Wir sprechen nicht von anderen, sondern von uns. Wir behaupten, solange wir nicht selbst Afroamerikaner seien, könnten wir ohnehin nicht nachvollziehen, was es bedeute, als schwarzer Autofahrer von der Polizei gestoppt zu werden, also reden wir lieber von unseren eigenen Gefühlen.

„Politik des Narzissmus“ nennt Lilla das. Die Linken stehen „ihrer Aufgabe, auf Mitbürger jeder Gesellschaftsschicht zuzugehen, indifferent gegenüber“.

Die Politologie kennt einen Begriff für diese Herangehensweise an Politik, in den USA ist er inzwischen zu einem Kampfbegriff geworden: Identity Politics. Politische Mobilisierung nicht durch eine Partei, eine Ideologie oder wirtschaftliche Interessen, sondern durch Merkmale der eigenen Identität wie Hautfarbe, Geschlecht oder Sexualität. Die Weltsicht von Vertretern

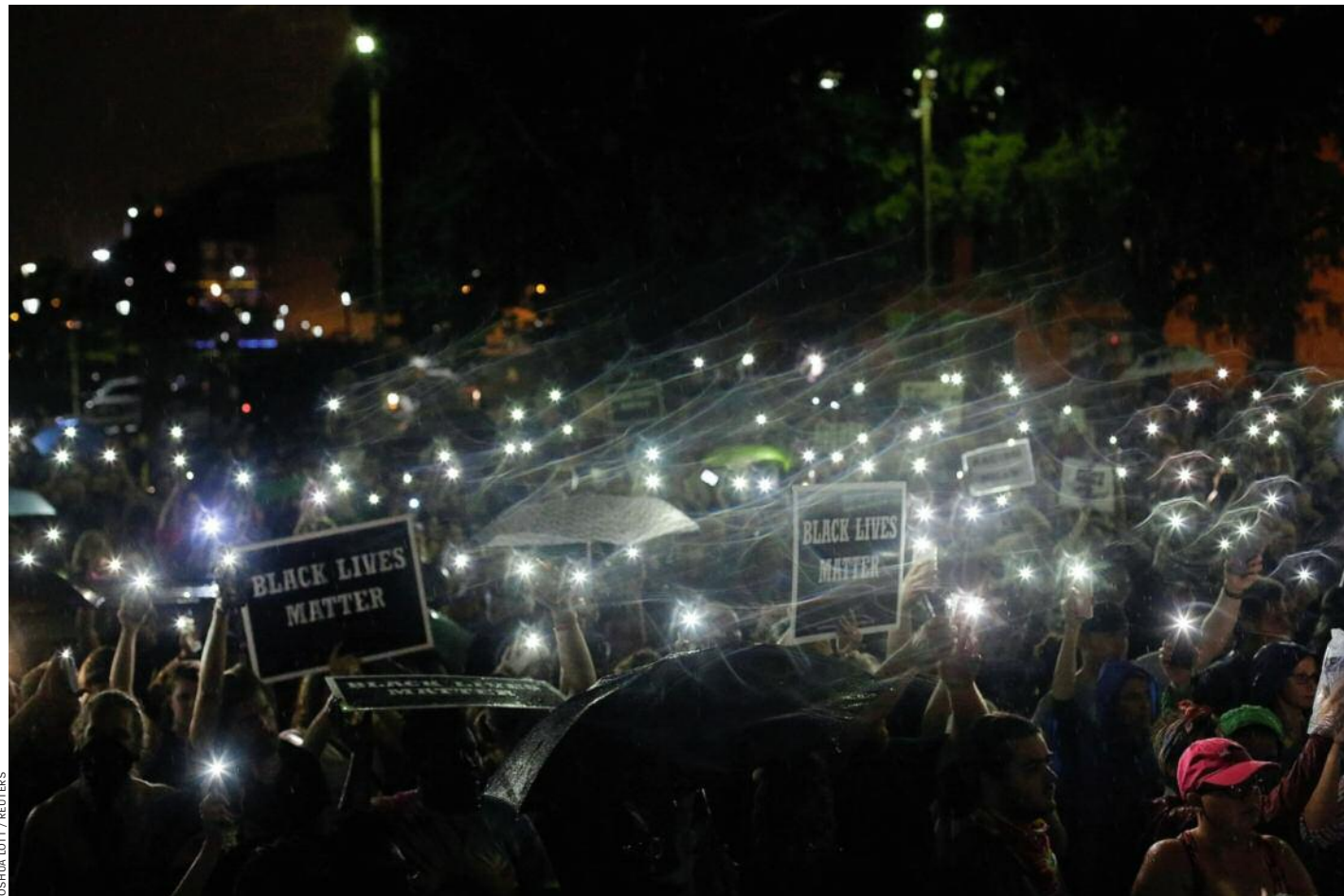
der Identitätspolitik ist geleitet von der Annahme, dass jeder nur aus seiner eigenen Perspektive sprechen kann. Im Sinne von Identitätspolitik würde der Autor dieses Textes als ein mittelalter, heterosexueller weißer Mann beschrieben werden, der als aus Westeuropa stammender Korrespondent des SPIEGEL mit relativ viel Einfluss, Bildung, Ansehen und ökonomischer Kraft ausgestattet ist und deswegen die Sorgen, Verletzungen und Sensibilitäten einer, sagen wir, lesbischen, illegal aus Ecuador eingewanderten jungen Frau niemals verstehen könnte. Er hat deswegen ihre Sorgen ernst zu nehmen und ansonsten zu schweigen. Das killt natürlich jeden Austausch. Ein Gespräch jedoch wäre eine wichtige Voraussetzung, um Wähler und somit wieder Wahlen zu gewinnen.

Doch die Liberals haben in der letzten Zeit nicht besonders viel gewonnen. In den acht Jahren, in denen Barack Obama Präsident war, hat die Demokratische Partei rund tausend Ämter verloren, vor allem bei Wahlen auf regionaler Ebene, wo der Kontakt zwischen Wählern und Regierenden weniger abstrakt ist. Donald Trump ist heute auch deswegen Präsident, weil es Millionen Wählern in den ländlicheren Regionen von Ohio, West Virginia oder Michigan nicht zu vermitteln war, warum es wichtig ist, dass transsexuelle Menschen auf die öffentliche Toilette des Geschlechts ihrer Wahl gehen dürfen (und es ist wichtig), wenn zur selben Zeit in manchen Gegenden West Virginias nur jeder Zweite Arbeit hat und jeder Vierte abhängig von Opioiden ist.

Identity Politics und ihr bekanntestes Produkt, die ohnehin viel verspottete Political Correctness, sind in dieser Verkürzung ein einfaches Ziel, auf das jeder Trailerpark-Bewohner und Trump-Wähler in Alabama inzwischen genüsslich draufhaut.

Stephen Bannon, Trumps ehemaliger Chefstrategie, ein Ultranationalist, hat vor Kurzem, bevor seine Zitate über Trump und dessen Familie ihm zum Verhängnis wurden, in der ihm eigenen Offenheit zu einem Interviewer gesagt: Solange die Demokraten über Identity Politics sprachen, habe er die unter Kontrolle. „Die sollen ruhig jeden Tag von Rassismus reden. Solange die Linke mit Rasse und Identität ankommt und wir gleichzeitig mit ökonomischen Nationalismus antreten, können wir die Demokraten zerquetschen.“

Mark Lilla würde Bannon in dieser Bestandsaufnahme zustimmen. Die Liberals



JOSHUA LOTT / REUTERS

Protest der Black-Lives-Matter-Bewegung: „Weniger Demonstranten bitte, mehr Bürgermeister“

seien von einer moralisch begründeten Panik ergriffen, bezüglich Hautfarbe, Geschlecht oder Sexualität betreffender Identität; die Demokratische Partei sei nur noch ein lockerer Zusammenschluss aus den gebildeten Eliten der Küstenmetropolen und aller Art von Minderheiten. Das verhindere, dass der amerikanische Linksliberalismus eine „vereinigte Kraft“ werden könne.

Ein paar Wochen vor der Aufregung um Michael Wolffs Buch, hat Mark Lilla den Vormittag über mit seinen Studenten an der Columbia University über Alexis de Tocqueville gesprochen, den französischen Politologen. Tocqueville, erklärte Lilla, sei in den Zwanzigerjahren des 19. Jahrhunderts in die USA gereist, eigentlich mit dem Auftrag, dort das Strafvollzugssystem zu studieren. Doch er kam wieder mit einer Analyse „Über die Demokratie in Amerika“, die heute als sein Hauptwerk gilt. Darin hatte Tocqueville, trotz aller Begeisterung für die Demokratie, auch auf ihre Gefahren hingewiesen und vor einer „Tyrannei der Mehrheit“ gewarnt.

„Ich hatte Tocqueville seit 20 Jahren nicht mehr aufgeschlagen“, sagte Lilla auf dem Weg in sein Büro, Kent Hall, sechster Stock, Blick über den Campus.

Wer hier oben sitzt, dem ist es gelungen, sich ein komfortables Leben einzurichten. Lilla sprach mit warmer, angenehmer Stimme und sagte, dass seit Trump nicht nur er, sondern auch andere amerikanische Intellektuelle wieder Rat bei Tocqueville suchten und seinen fast 200 Jahre alten Schriften. Lilla hat einem Kapitel in seinem neuen Buch ein Zitat vorangestellt, in dem Tocqueville von dieser Tyrannei der Mehrheit spricht, in der die Menschen einander gleichen und sich jeder nur noch um sich selbst dreht.

Die Tyrannei einer Mehrheit erscheint plötzlich real in den USA; eine Mehrheit aus dem amerikanischen Hinterland, den sogenannten Rust-Belt-Staaten, wo die Industrieanlagen verrotten, richtet mit ihrem Anführer Donald Trump das Land zugrunde – so empfindet es der linksliberale Mainstream hier in New York. Deplorables, Erbärmliche, hatte Hillary Clinton die Menschen genannt, inzwischen bezeichnen sie sich gleichermaßen stolz und hasserfüllt selbst so. Dass in irgendeinem Bestseller eines Journalisten aus New York steht, alle im Weißen Haus hielten Donald Trump für minderbemittelt, würden sie nie ernst nehmen.

Ihr Hass gilt allem, was sie auch in Lillas Uni, der Columbia University, sehen: einer linksliberalen Ostküsteninstitution, Heimat einer abgehobenen Elite aus reich gewordenen Post-68er-Professoren und sensiblen, verwöhnten Studenten. Über den Nachrichtensender Fox News, das Megafon der Deplorables, haben auch die Leute in Ohio oder Alabama mitbekommen, dass es an der Columbia University Studenten wie Emma Sulkowicz gibt, die monatelang mit einer Matratze über den Campus laufen, um so gegen eine angebliche Vergewaltigung durch einen Kommilitonen zu demonstrieren, die aber, zumindest laut den Ermittlungen der Universität offenbar gar nicht stattgefunden hatte.

Mark Lilla hat einen Großteil seines Berufslebens in einem solchen Milieu verbracht, an der Columbia University, in Yale, bei Forschungssemestern in Paris oder Berlin. Er ist 61 Jahre alt, trägt teure Jeans, ein aufgeknöpftes weißes Hemd, darüber ein eng geschnittenes marineblaues Sakko, die Haare länger, eine amerikanisierte Version des Franzosen Bernard-Henri Lévy.

Inzwischen, ein gutes Jahr nach dem Schock der Trump-Wahl, ist Lillas Fehler-



Wahlverliererin Clinton, Historiker Lilla: Keine Idee, warum sie Präsidentin werden wollte

analyse zum gängigsten Erklärungsansatz liberaler Fernsehkommentatoren geworden. Wenn man als linksliberales Establishment aufhöre, die weiße Unterschicht zu verachten, sie nicht mehr als Rednecks oder Deplorables beschimpfe und ein bisschen weniger über die LGBTQ-Community (Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und Queer) redete, würden vielleicht die Menschen jenseits der liberalen Küstenstädte wieder zuhören.

Nur was sollte man den Leuten erzählen? Die Kandidatin Hillary Clinton konnte anderthalb Jahre lang, bis zum Wahltag, den Wählern nicht erklären, warum sie Präsidentin werden wollte und was für ein Amerika ihr vorschwebte. Hier berühren sich die Probleme der amerikanischen Liberalen mit denen der europäischen Sozialdemokratie, die, wenn auch auf andere Weise, ebenso wenig weiß, wie sie die Themen Einwanderung, Gerechtigkeit, Europa und Fortschritt zu einer stimmigen Geschichte zusammenfügen könnte.

Mark Lilla nennt in seinem Buch zwei Momente in der neueren amerikanischen Historie, in denen ein politisches Lager eine solche schlüssige Geschichte formulieren konnte. Er spricht von zwei „Dis-

pensationen“, zwei Zeitaltern oder – im theologischen Zusammenhang – auch zwei Glaubenssystemen. Die erste dieser Perioden nennt Lilla die „Roosevelt Dispensation“, sie begann mit der Zeit des New Deal in den Dreißigerjahren, hielt bis zur Bürgerrechtsbewegung in den Sechzigern und verkümmerte in den Siebzigern; darauf folgte die „Reagan Dispensation“, von Anfang der Achtzigerjahre bis zu Trump. Jede dieser Dispensationen brachte ein „inspirierendes Bild von Amerikas Bestimmung und einen klaren Katechismus, der die politische Debatte regulierte“ mit sich. Die erste Dispensation erzählte die Geschichte von dem gemeinsamen Projekt namens Amerika mit seinem Höhepunkt in den Fünfzigerjahren, einer Nation aus Bürgern, die sich gegenseitig beschützten und gemeinsam jede Einschränkung ihrer Grundrechte verteidigten. „Die Signalwörter lauteten Solidarität, Aufstiegschance und Bürgerpflicht“, schreibt Lilla.

In dem Bild der Reagan-Dispensation hingegen löst Individualismus den Kollektivgedanken ab, jeder einzelne, jede Firma, jede Familie sollte sich auf die Suche nach ökonomischem Glück begeben, die Fesseln eines regulierenden Staates wurden wei-

testmöglich abgestreift. Die Signalwörter hier lauteten „Eigenverantwortlichkeit und ein minimaler Staat“.

Lilla wählt das sperrige Wort Dispensation mit seinen theologischen Konnotationen, weil sich die Merkmale dieser Erzählungen eher erfüllen als tatsächlich faktisch hart machen lassen.

Es sind Romantizismen. Doch sie helfen dabei, Politik zu machen, indem sie Wählern die Welt erklären.

Es ist die Psychologie eines Zeitabschnitts, die durch ein Bild oder eine Erzählung geprägt wird. Die Roosevelt-Dispensation war eine der Demokraten, die der Reagan-Zeit eine der Republikaner, eine Vision kam von links, die andere von rechts, doch das jeweils andere politische Lager konnte sie mitleben.

Der Reagan-Dispensation hatte die Linke nie etwas entgegenzusetzen, und nun, da sie ausgelaufen ist und ein neues Bild von Amerika gesucht wird, haben sie erst recht nichts anzubieten. Außer eben Identity Politics, doch die bewegen sich jenseits des politischen Apparats. Sie sind nicht Politik, sondern eine Bewegung. Wer aber die Verhältnisse auch im Sinne der Minderheiten ändern will, muss nicht Demons-

trationen, sondern politische Mehrheiten organisieren. Der muss in die Landes- und Bezirksparlamente gewählt werden, er muss Bürgermeister oder Sheriff werden oder zum Richter ernannt werden. „We need no more marchers“, schreibt Lilla, „we need more mayors.“ Weniger Demonstranten bitte, mehr Bürgermeister.

Die Rechte tut derweil genau das. Der reaktionäre Flügel der Republikaner besitzt nicht nur eine klare Vorstellung, wie das neue Post-Obama-Amerika aussehen soll (nämlich wie das alte, das vor der Bürgerrechtsbewegung), sondern versucht auch, auf allen Ebenen die Posten mit Trumpisten zu besetzen. 58 neue Bundesrichter hat Trump allein bis November vergangenen Jahres ernannt, mehr als jeder seiner Vorgänger. Trump baut damit das juristische Rückgrat des Landes im Sinne einer reaktionären Restauration um.

Wie minutiös die Trump-Leute dabei seit Jahren einem Masterplan folgen, hat der Bloomberg-Reporter Joshua Green in seinem Buch „Devil’s Bargain“ beschrieben. Darin findet sich alles, was Mark Lilla bei den Demokraten vermisst: eine Vision, die mit Entschlossenheit umgesetzt wird. Im Falle der Trumpisten ist dies die eines restaurativen, von seinen bindenden Institutionen befreiten Amerikas, das sich politisch, militärisch und ökonomisch nach außen abschottet, wo sich jeder mit seinen eigenen Waffen selbst verteidigt, das Christentum die dominierende Religion ist. Die Errungenschaften von Identitätspolitik – Gleichstellung von Frauen, Kompensationen für Afroamerikaner, Abtreibungsrechte, Schwulenehe – sind abgeschafft. An der Umsetzung ihrer Vision, von der sie später Millionen Amerikaner begeistern konnten, haben kluge und mächtige Leute mindestens seit 2013 im Verborgenen gearbeitet.

Stephen Bannon und der Mathematiker und Hedgefonds-Milliardär Robert Mercer haben keine Demonstrationen veranstaltet, haben keine Bewegung gegründet und sind nicht nach außen getreten. Stattdessen haben sie, so beschreibt es Green in seinem Buch, Breitbart als Presseorgan in Stellung gebracht, das vermeintlich unabhängige Government Accountability Institute gegründet, dem es gelang, auch die seriöse Presse mit angeblich investigativen Geschichten über Regierungsmisbrauch der Demokraten zu versorgen. Sie gründeten eine Filmproduktion, die Dokumentationen wie „Clinton Cash“ während des Filmfestivals in Cannes zeigte, und eine Firma zur Wähleranalyse und -manipulation namens Cambridge Analytica. Als 2015 Hillary Clinton ihre Kandidatur wie erwartet bekannt gab, hatten Mercer und Bannon alle ihre Instrumente in Stellung gebracht. Im Clinton-Lager, angeblich ja eine mit allen Wassern gewaschene und mit uner-

schöpflichen finanziellen Ressourcen ausgestattete geölte Wahlkampfmaschine, ahnte man von alledem nichts.

Während sich das liberale Establishment nun selbst kasteit, zugunsten des afroamerikanischen Großstadtschwulden ungebildeten weißen Hillbilly aus Ohio vernachlässigt zu haben, kann der afroamerikanische Essayist Ta-Nehisi Coates sie beruhigen: Es sei nicht schuld der Demokraten, die Gründe für Trumps Wahl seien viel schwerwiegender. Neben Lilla hat Coates den anderen heftig diskutierten Essay der letzten Zeit geliefert. Coates ist bekannt für seine offenen Rassistusanalysen und ist seit seinem Buch „Zwischen mir und der Welt“ einer der Stars unter den Linksintellektuellen. In seinem Essay „The First White President“ verwirft Coates Lillas Bezeichnungen. Sie seien nur eine weitere Schutzbehauptung, damit Amerika nicht gezwungen sei, sich mit einer deutlich schmerzhafteren Wahrheit und der wahren Realität der Trump-Wahl auseinanderzusetzen: dass Trump von vorwiegend Weißen aus rein rassisti-

Die Reaktion der Arbeiterklasse basiere in Wahrheit auf der Sehnsucht nach weißer Vorherrschaft.

schen Motiven gewählt wurde. Coates schreibt: „Dem kollektiven Urteil zufolge hat die Demokratische Partei sich irgendwo verloren, als sie alltägliche Wirtschaftsthemen wie Arbeitsplatzbeschaffung aufgegeben hat zugunsten der leichteren Kost gesellschaftlichen Ausgleichs.“ Das aber stimme nicht. Das, was von Leuten wie Lilla als Gegenreaktion einer verachteten weißen Arbeiterklasse politisiert und damit romantisiert werde, basiere in Wirklichkeit auf der Sehnsucht nach „white supremacy“, nach weißer Vorherrschaft.

Am Abend nahm Mark Lilla von der Columbia University die U-Bahn Richtung Downtown. Er wollte im Greenwich Village seinen Verleger zum Abendessen treffen. Es herrschte Feierabendverkehr, der Zug war voll, Latinos, die aus der Bronx kamen, Afroamerikaner, die in Harlem zugestiegen waren, ein lesbisches Paar, das mit uns an Columbia einstieg, ältere weiße Männer mit Schuhen aus Pferdeleder an der 72nd Street. All die verschiedenen Identitäten. Vielen der Menschen in diesem Zug geht es besser, auch dank der Errungenschaften von Identitätspolitik: Das lesbische Paar könnte heiraten, wenn es wollte, die vielleicht illegal eingereisten Latinos, die mit ihrer Arbeit in den Küchen

diese Stadt überhaupt am Laufen halten, werden nicht abgeschoben. Lilla schaute sich um und sagte: „Wir sind nicht mehr die, die wir mal waren. Ehepaare lassen sich scheiden, Kinder sind Einzelkinder, die Hälfte unserer Existenz findet im Internet statt, wir haben uns als Gemeinschaft atomisiert. Unsere beiden Parteien sind ein Vermächtnis einer Gesellschaft, die es nicht mehr gibt.“

Die teils heftige Kritik an seiner Analyse habe ihn getroffen. Mit David Remnick, dem Chefredakteur des „New Yorker“, Zentralorgan der Linksintellektuellen, ist er aneinandergeraten über die Rolle von Black Lives Matter, jener Protestbewegung afroamerikanischer Millennials gegen Polizeigewalt, die Lilla ein „Schulbuchbeispiel“ genannt hatte, dafür, „wie man eben keine Solidarität schafft“. In der „New York Times“ nannte eine Kollegin Lillas aus Yale sein Buch schlichtes „Trolling getarnt als Gelehrsamkeit“.

Natürlich ist Lillas Kritik auch die eines Professors, der kurz vor der Emeritierung steht, an einer neuen Generation Studenten. Identity Politics wird vor allem von Millennial-Studenten an den privilegiertesten Universitäten des Landes betrieben: In Berkeley bei San Francisco, in Oberlin in Ohio, Northwestern bei Chicago, überall trifft man auf den gleichen Typus desillusionierten linksliberalen Babyboomer-Professor, der von seinen Millennial-Studenten links überholt wurde. Diese Professoren können die Studenten, die sie abfällig „social justice warriors“ nennen, nicht mehr verstehen, sondern fühlen sich von ihnen bedrängt. Die Kritik der Studenten am Umgang der Fakultät mit Hautfarbe, Geschlecht und Sexualität verstehen sie nicht. Sie selbst hatten gegen den Vietnamkrieg demonstriert, die Studenten heute aber redeten von Intersektionalität und meinen, soweit die Professoren das verstehen, das Zusammenspiel verschiedener Identitätsmerkmale. Die alten Linken halten die neuen für sensibel und verträumt. „Get real“, ruft Lilla ihnen an einer Stelle im Buch zu.

Dann erzählte Mark Lilla von seiner Tochter. Sophie sei lesbisch, sagte er. Sie habe überlegt, am Oberlin College zu studieren. Bei einer Einführungstour hatte sie die Studentin, die die Führung leitete und durch viele Buttons signalisierte, dass sie lesbisch ist, gefragt, wie das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Studenten an der Uni sei. Die Führerin antwortete: Wer kann schon sagen, was männlich oder weiblich ist? Das, so Lilla, habe selbst seine Tochter abgeschreckt.

Und, was sagt sie zu seinem Buch?

„Das steht drin.“

Er hat es seiner Frau und seiner Tochter gewidmet: „In Loyal Opposition“.

Philipp Oehmke